

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Land)

23. Sitzung

27.01.17

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

23. Sitzung

am 27. Januar 2017

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Frau Aulepp (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Leidreiter (Gruppe Liberal-Konservative Reformer)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Özidal (CDU)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Staatsrat Strehl)
Herr Nienierza)
Herr Fehren)
Herr Meyer)
Herr Schneider) von der Senatorin für Finanzen
Herr Fricke)
Herr Knoop)

Herr Obst-Kruse)
Herr Steinkopff)
Frau Beeskow)
Frau Oppermann)

Frau Otten vom Rechnungshof

Herr Armstroff) vom Senator für Wirtschaft, Arbeit
Herr Peters) und Häfen

Herr Schütte-Thuy von der Senatorin für Wissenschaft,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Herr Haustein von der Wirtschaftsförderung Bremen

Herr Dr. Kountchev vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Frau Moning von der Senatorin für Kinder und Bildung

Herr Hartwig)
Herr Winsemann) vom Gesamtpersonalrat Bremen

Herr Löffler von der Bürgerschaftskanzlei
als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr.

Der Hause und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein den Tagesordnungspunkt II. 1.3 (Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände) für die heutige Sitzung auszusetzen und nimmt zur Kenntnis, dass die Finanzverwaltung den Tagesordnungspunkt III. 6.1 zurückgezogen hat.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 13. Sitzung vom 31. Mai 2016

Abg. Frau Dehne weist unter Bezugnahme auf Seite 245 des Protokolls darauf hin, dass es im ersten Absatz unter Punkt 13.1 heißen müsse: „die Haushalte 2016 und 2017“. Des Weiteren werde im vierten Absatz unter Punkt 13.1 fälschlicherweise vom „Klinikum Bremen-**Nord**“, anstatt richtigerweise vom „Klinikum Bremen-**Ost**“ gesprochen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das so geänderte Protokoll der 13. Sitzung vom 31. Mai 2016.

2. Protokoll der 14. Sitzung vom 1. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 14. Sitzung vom 1. Juni 2016.

3. Protokoll der 21. Sitzung vom 2. Dezember 2016

Abg. Frau Dehne merkt an, dass sie an dieser Sitzung teilgenommen habe und bittet die Anwesenheitsliste entsprechend zu ergänzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das so geänderte Protokoll der 21. Sitzung vom 2. Dezember 2016.

4. Protokoll der 22. (Sonder-)Sitzung vom 15. Dezember 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 22. (Sonder-)Sitzung vom 15. Dezember 2016.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Unterhaltsansprüche konsequent einfordern

Antrag der Fraktion der CDU vom 29. November 2016

- Vorlage Drs. 19/853 -

- Die Bürgerschaft (Landtag) hat diesen Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration überwiesen -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, diesen Tagesordnungspunkt bis zur Vorlage des Berichtes der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration auszusetzen.

1.2 Achstes Gesetz zur Änderung des bremischen Vergnügungssteuergesetzes (Einführung einer Wettbürosteuer)

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 2. November 2016

- Vorlage Drs. 19/817 -

Dazu: Berichtsentwurf an die Bürgerschaft (Landtag)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig den Bericht an die Bürgerschaft (Landtag) und bittet den Ausschussreferenten das notwendige zu veranlassen.

1.3 Gesetz zur Änderung der Gebührenbefreiungstatbestände

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Dezember 2016

- Vorlage Drs. 19/881 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Stand: 15. Dezember 2016)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Auftragsliste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten - Vorlage 19/294 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig den beantragten Fristverlängerungen zu.

3. Sonstiges

3.1 Änderung der Verfahrensordnung der Haushalts- und Finanzausschüsse -Medienberichterstattung aus Ausschüssen Dazu: Vorlage vom 18. Januar 2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig Ziffer 8 (Bild- und Tonaufnahmen) der Verfahrensordnung wie folgt neu zu fassen:

Aufnahmen in Bild und Ton von Journalistinnen und Journalisten sind in öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und Unterausschüsse grundsätzlich zulässig. Ein Ausschuss kann mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder im Einzelfall abweichende Regelungen treffen. Die Ablichtung persönlicher Unterlagen der Abgeordneten, der ständigen Gäste, der Ausschussreferenten oder der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist untersagt.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

1.1 Verordnung zur Ablösung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung - Vorlage 19/295 L -

Abg. Frau Vogt erklärt, die Fraktion DIE LINKE könne der Verordnung nicht zustimmen, da diese auch eine Anhebung der Gebühren für das Mittagessen vorsehe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Gruppe Liberal-Konservative Reformer der Verordnung zur Ablösung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung zu.

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar-September 2016 - Vorlage 19/291 L - - Vorlage wurde bereits im Dezember 2016 versandt -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2016 zur Kenntnis.

2.2 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2016 - Vorlage 19/292 L - - Vorlage wurde bereits im Dezember 2016 versandt -

Abg. Herr Eckhoff fragt unter Bezugnahme auf Seite 26 der Vorlage welche Konsequenzen sich aus der Überschreitung des sonstigen betrieblichen Aufwandes wegen einer bereits ausgekehrten Zuführung an die BLG-Unterstützungskasse ergeben. Des Weiteren möchte er wissen, ob in den Jahren 2016 und 2017 sämtliche Bundesmittel für Hafeninvestitionen abgerufen werden können.

Herr Peters antwortet, aufgrund des Umstandes, dass es in Bremen neben dem OTB noch andere Investitionsmaßnahmen im Hafensbereich gebe, könnten sämtliche Bundesmittel für das Jahr 2016 abgerufen werden. Gleiches gelte nach aktueller Planung auch für das Jahr 2017. Die weitere Fragestellung zur BLG - Unterstützungskasse werde das Ressort im Rahmen einer Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) beantworten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2.3 Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2015 (Stand 13. Monat 2015)
- Vorlage 19/293 L -

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Fecker erklärt **Herr Schneider**, dass beabsichtigt sei, den Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt zukünftig deutlich früher und bereits zusammen mit dem Jahresabschluss und der Haushaltsrechnung - im Rahmen einer gemeinsamen Vorlage - vorzulegen. Dies sei aus Sicht des Finanzressorts zwingend notwendig, um die Steuerungsrelevanz dieser Berichterstattung zu steigern. Eine entsprechende Umstellung könne jedoch frühestens im Jahr 2018 erfolgen. Im Jahre 2017 erfolge deshalb eine Berichterstattung nochmals in der bisherigen (Buch-) Form.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2015 (Stand: 13. Monat 2015) zur Kenntnis.

2.4 Veröffentlichung von Zuwendungen
- Vorlage 19/296 L -

Abg. Frau Vogt erklärt, die Fraktion DIE LINKE werde dieser Vorlage nicht zustimmen, da aus Ihrer Sicht eine jährliche Berichterstattung ausreichend sei.

Abg. Herr Liess möchte wissen, inwieweit auch zukünftig dem Haushalts- und Finanzausschuss die bislang im vertraulichen Teil des Zuwendungsberichtes enthaltenen Daten mitgeteilt werden.

Abg. Herr Fecker regt an, die Beschlussempfehlung dahingehend zu ergänzen, dass eine Verpflichtung des Senates aufgenommen werde sicherzustellen, dass die einzelnen Ressorts auch die jeweiligen Fachdeputationen fortlaufend über die verausgabten Zuwendungen informieren.

Herr Meyer führt aus, die bislang im Band 2 des Zuwendungsberichtes enthaltenden Daten seien nach Rücksprache mit der Landesbeauftragten für den Datenschutz nicht für eine Veröffentlichung auf dem Transparenzportal geeignet. Diese insbesondere die Eigenkapitalquote und das Besserstellungsverbot der Zuwendungsempfänger betreffenden Daten werde das Finanzressort stattdessen dem Haushalts- und Finanzausschüssen unmittelbar zuleiten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE der quartalsweisen unterjährigen Veröffentlichung der bislang verausgabten Zuwendungen auf dem Transparenzportal und der Erstellung eines Rechenschaftsberichtes zu den jährlich verausgabten Zuwendungen mit der Maßgabe zu, dass der Senat auch eine fortlaufende Befassung der Fachdeputationen mit den verausgabten Zuwendungen sicherstellt.

**2.5 Zwischenbericht zum „Projekt E-Rechnung“
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 39 der Auftragsliste
- Vorlage 19/297 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den jährlichen Zwischenbericht zur Kenntnis.

**2.6 Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KIn-
vFG) im Land Bremen im Jahr 2016
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 55 der Auftragsliste
- Vorlage 19/298 L -**

Abg. Dr. vom Bruch fragt, ob der in der Vorlage dargestellte deutlich geringere Mittelabfluss ein Indiz dafür sei, dass sich Projekte aus den Kita- bzw. Schulbereichen

verzögern bzw. nicht mehr im Plan liegen. Soweit dies der Fall sein sollte, sollten diese Projekte konkret benannt werden.

Abg. Herr Fecker stellt unter Bezugnahme auf Seite 5 der Vorlage fest, dass die dortige Übersicht eine Vielzahl von sog. „0-Projekten“ enthalte. Mit diesen Projekten sei bislang nicht begonnen worden und aus der Vorlage auch nicht ersichtlich, wann dies geschehe. Er bittet deshalb zur März Sitzung des Ausschusses um eine zwischen Immobilien Bremen (IB) und den zuständigen Fachressorts abgestimmte Vorlage zu der konkreten Zeitplanung bei diesen sog. „0-Projekten“ aus Bremen und Bremerhaven.

Herr Schneider ergänzt, dass bei einer Vielzahl dieser „0-Projekte“ bislang auch noch keine Bauplanung erstellt worden sei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis, stimmt einstimmig der Änderung der Portfoliostruktur zu und schließt sich der Berichtsbitte des Abg. Herrn Fecker an.

Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die entsprechenden haushaltstechnischen Änderungen vorzunehmen.

**2.7 Stand der Abrechnung des EFRE- u. ESF-Programms des Landes Bremen 2007-2013
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 68 der Auftragsliste
- Vorlage 19/299 L -**

Abg. Herr Eckhoff möchte unter Bezugnahme auf die Vorlage wissen, wann mit abschließenden Ergebnissen der Prüfung der EFRE und der ESF-Prüfbehörde durch die EU-Kommission zu rechnen sei.

Frau Frese führt zum EFRE-Programm aus, dass es zwischenzeitlich ein Treffen der Prüfbehörde mit der EU Kommission gegeben habe. Dabei sei im Wesentlichen Einvernehmen über die Prüfergebnisse der Prüfbehörde erzielt worden. Dies gelte insbesondere auch für die von der Prüfbehörde vorgeschlagenen Pauschalkorrekturen. Eine schriftliche Bestätigung dieser Einigung stehe jedoch noch aus. Unabhängig davon werde in Kürze ein Zahlungsantrag auf der Grundlage der Gesprächsergebnisse gestellt werden.

Herr Armstroph ergänzt zum ESF-Programm, dass der in der Vorlage erwähnte Prüfbericht der Kommission für die nächste Woche erwartet werde. Auch habe man zwischenzeitlich einen entsprechenden Zahlungsantrag gestellt. Er gehe davon aus, dass die noch ausstehende Restzahlung i.H.v. 23,5 Millionen € noch in diesem Jahr realisiert werden könne.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis und bittet nach der Sommerpause 2017 um einen weiteren Sachstandsbericht.

**2.8 Produktplan 24, Hochschulen und Forschung: Sanierungsstau bei den Hochschulen im Lande Bremen
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 66 der Auftragsliste
- Vorlage 19/275 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den kurzen Bericht zur Kenntnis und bittet SF, einen umfassenden Sachstandsbericht im dritten Quartal 2017 vorzulegen.

**2.9 Informationen zum vorläufigen Abschluss der bremischen Haushalte (Stand 13. Monat)
- Vorlage 19/301 L -
- Vorlage wird nach der Senatsberatung am 24. Januar 2017 versandt -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht und die ergänzende Tischvorlage zur Kenntnis.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

**3.1 Bremisches Gesetz für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG)
hier: Festlegung von Betragsgrenzen für das Wirtschaftsjahr 2017
- Vorlage 19/302 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig den gemäß anliegender Tabelle festgelegten Betragsgrenzen nach dem BremSVG für das Wirtschaftsjahr 2017 zu.

4. Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten

- 4.1 Produktgruppe 24.02.02 Bau- und Erstausrüstung der Universität
Erteilung einer veranschlagten und einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung für die Ausfinanzierung der Schadstoffsanierung und brandschutztechnischen Ertüchtigung der Gebäude Geisteswissenschaften 1 und Naturwissenschaften 1 der Universität Bremen
- Vorlage 19/303 L -**

Herr Schütte-Thuy führt auf Nachfrage ergänzend aus, dass die Mehrkosten für die Baumaßnahmen im Wesentlichen auf eine bislang unbekannte Schadstoffbelastung aufgrund PCB belasteter Fugenmaterialien zurückzuführen seien.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Erteilung der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Mio. € zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 6,581 Mio. € in 2017 für die Schadstoffsanierung und brandschutztechnischen Ertüchtigung der Gebäude Geisteswissenschaften 1 und Naturwissenschaften 1 der Universität Bremen zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ermächtigt die Senatorin für Finanzen die haushaltstechnische Umsetzung vorzunehmen.

- 4.2 Produktgruppe 91.03.01 Personal- und Verwaltungsmanagement
Mitgliedsbeitrag an den Kommunal Arbeitgeberverband (KAV)
hier: Nachbewilligung des Fehlbetrages für 2017, Haushaltsstelle 3901/685 13-3
- Vorlage 19/304 L -**

Abg. Herr Fecker fragt nach den Gründen für den unterschiedlichen Beitragsanteil zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven.

Abg. Frau Steiner bezweifelt die tatsächliche Notwendigkeit eines kommunalen Arbeitgeberverbandes und erachtet den Mitgliedsanteil der Stadtgemeinde Bremen für zu hoch. Die Fraktion der FDP werde deshalb dieser Vorlage nicht zustimmen.

Staatsrat Lühr erwidert, die Einrichtung eines kommunalen Arbeitgeberverbandes sei insbesondere notwendig, um Betriebe und Gesellschaften des Landes und der Stadtgemeinden, bei denen es sich nicht um nachgeordnete Einrichtungen des Finanzresorts bzw. des Senates handelt, zu bestimmten Fragestellungen zu bündeln. Diese Bündelung führe im Ergebnis zu einer kostengünstigen Aufgabenwahrnehmung dieser Einrichtungen und zur Gewinnung von Effizienzen.

Der unterschiedliche Beitragsanteil zwischen den Stadtgemeinden beruhe im Wesentlichen darauf, dass die Stadtgemeinde Bremen als größte Einrichtung im Verband im Gegensatz zur Stadtgemeinde Bremerhaven dem Kommunalen Arbeitgeberverband zusätzliche Aufgaben - insbesondere aus dem Bereich des Tarifrechts/Stellenbewertungen - übertragen habe. Diese Mehrleistungen für die Stadtgemeinde Bremen werden dann durch den entsprechend höheren Beitragsanteil ausgeglichen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer einer Nachbewilligung in Höhe von 407.167 Euro bei Hst. 3901/685 13-3, Mitgliedsbeitrag an den kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und deren Deckung durch Entnahme auf der Budgetrücklage im Landeshaushalt zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Finanzen die für die Rücklagenentnahme erforderliche Liquidität im Rahmen der Gesamtsteuerung des Senatorinnenbudgets sicherstellt.

4.3 EFRE Programm 2014-2020 hier: Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven - Vorlage 19/305 L -

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Eckhoff erklärte **Herr Peters**, das Projekt unterliege einem sog. vorzeitigen Maßnahmenbeginn, bei dem der Zuwendungsempfänger auf eigenes Risiko berechtigt sei, vor einer tatsächlichen Bewilligung der Maßnahme mit dem Projekt zu beginnen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Weiterführung der Quartiersmeisterei Alte Bürger in der dargestellten Weise zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig einer Nachbewilligung bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0706/682 60-0, City- und Stadtteilinitiativen in Bremerhaven, in Höhe von 284.620 € zu. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Hst. 0709/686 56-9, EU-Programm EFRE 2014-2020 - konsumtiv-, in entsprechender Höhe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 111.730 € bei der Haushaltsstelle 0706/682 60-0, City- und Stadtteilinitiativen in Bremerhaven, zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Haushaltsstelle 0709/686 56-9, EU-Programm EFRE 2014-2020 - konsumtiv-, veranschlagte Verpflichtungsermächtigung insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Jahr 2018 aus der Haushaltsstelle 0709/686 56- 9, EU-Programm EFRE 2014-2020 - konsumtiv-.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Ausbildungsplanung 2017 hier: Produktgruppe 91.03.03 - Vorlage 19/307 L -

Abg. Frau Vogt erklärt die Fraktion DIE LINKE werde sich bei dieser Vorlage enthalten, da trotz leichter Verbesserungen insgesamt noch deutlich zu wenig ausgebildet werde. Dies gelte insbesondere auch für den Bereich der Erzieherinnen und Erzieher.

Abg. Herr Dr. vom Bruch führt aus, er könne der Vorlage entnehmen, dass die Bewerberzahlen grundsätzlich rückläufig seien. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob sich dieser Rückgang auch nachteilig auf die Qualität der Bewerber auswirke und was gegebenenfalls dagegen unternommen werden.

Abg. Frau Steiner merkt an, dass nach Auffassung der FDP-Fraktion die Verteilung der Auszubildendenstellen nicht nachvollziehbar sei. Während im Verwaltungsbereich zu viele Ausbildungsstellen geschaffen werden, gebe es insbesondere in den Bereichen Erziehung, Polizei und Feuerwehr deutlich zu wenige Plätze. Die FDP-Fraktion begrüße allerdings, dass verstärkt junge gefürchtete Menschen bei der Freien Hansestadt Bremen eine Berufsausbildung erhalten. Des Weiteren möchte Sie unter Bezugnahme auf Seite 8 der Vorlage wissen, auf welcher Grundlage die Praktikantinnen bzw. Praktikanten vergütet werden und ob diesen insbesondere ein Mindestlohn gezahlt werde.

Herr Winsemann verweist auf die der Vorlage beigefügte Stellungnahme des Gesamtpersonalrates vom 12. Dezember 2016 und führt ergänzend aus, dass der Personalabbau der letzten Jahre die Ausbildungsfähigkeit der Freien Hansestadt Bremen negativ beeinflusst habe. Dies gelte insbesondere für die geringere Anzahl an Ausbilderinnen und Ausbildern. Auch machten die geringeren Bewerberzahlen deutlich, dass ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst an Attraktivität verloren habe.

Staatsrat Lühr erwidert, der öffentliche Dienst stehe nicht nur einer Konkurrenzsituation mit der Privatwirtschaft, sondern inzwischen auch mit anderen öffentlichen Arbeitgebern. In Bremen seien dies insbesondere die niedersächsischen Umlandgemeinden, die verstärkt Personal abwerben. Um auch weiterhin qualitativ hochwertiges Personal gewinnen zu können, habe die Freie Hansestadt Bremen eine Werbekampagne gestartet. Unabhängig davon halte jedoch Bremen bei der Personalauswahl an festgelegten Qualitätsstandards fest und schreibe notfalls nicht besetzte Stellen mehrfach aus, um deren Einhaltung zu gewährleisten.

Die Ausbildungsplanung des Senats orientiere sich an einer Fluktuationsprognose und stelle somit eine angemessene Verteilung der Ausbildungsstellen sicher. Ein weiteres Kriterium zur Bemessung der Ausbildungszahlen seien bestehende Ausbildungskapazitäten. In der Sache müsse sichergestellt werden, dass jedem Auszubildenden auch eine ordnungsgemäße Ausbildung in seinem Beruf gewährt werden könne.

Aktuell werden in Zusammenarbeit mit der Handwerks- und Handelskammer 100 Flüchtlinge ausgebildet bzw. auf eine Ausbildung vorbereitet. Das Ausbildungsmanagement hierfür übernehme das Aus- und Fortbildungszentrum der Freien Hansestadt Bremen.

Die weitergehende Fragestellung der Abg. Frau Steiner zu Vergütung von Praktikantinnen und Praktikanten werde das Finanzressort in schriftlicher Form als Anlage zum Protokoll - **Anlage 2** - beantworten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen DIE LINKE, FDP und der Gruppe Liberal-Konservative Reformer der Ausbildungsplanung 2017 sowie der Finanzierung der entstehenden Personal- und Sachausgaben aus den hierfür zentral eingeplanten Mitteln zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Ausbildungsbericht „Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen im Berichtszeitraum 2013 - 2015“ sowie die Tischvorlage „Ausbildungsvorlage 2017“ zur Kenntnis.

5.2 Bericht - KOMPAKT - über die Beschäftigungssituation und Beschäftigungsstruktur schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bremischen öffentlichen Dienst für das Jahr 2015 - Vorlage 19/308 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht – KOMPAKT – über die Beschäftigungssituation und Beschäftigungsstruktur schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bremischen öffentlichen Dienst für das Jahr 2015 zur Kenntnis.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

- keine Vorlagen -

7. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes

1. Panama Papers, Bahamas Leaks

Abg. Herr Fecker erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet das Finanzressort zur Junisitzung des Ausschusses um einen Bericht zu möglichen Verbindungen der Panama Papers bzw. Bahamas Leaks zum Land Bremen und eingeleiteten Maßnahmen des Senats.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) schließt sich der Berichtsbitte an.

(Ende des öffentlichen Teils um 16.05 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender